

Felix Prinz zu Löwenstein

## Ökologische Landwirtschaft – nötiger denn je

*Ökologische Landwirtschaft und Ernährung werden in der politischen Diskussion zu Beginn der neuen Legislatur in Deutschland wie ein Randthema behandelt. Die Analyse der Probleme, die durch die konventionelle Landwirtschaft verursacht werden, zeigt jedoch, dass die ökologische Alternative dringend weiter entwickelt werden muss. Alle verfügbaren Politikinstrumente sollten prioritär auf diese Aufgabe ausgerichtet werden.*

Als im Herbst 2013 Union und SPD ihren Koalitionsvertrag fertig gestrickt hatten, fiel daran mindestens ebenso auf, was darin steht wie das, was *nicht* darin steht. Was beispielsweise nicht drin steht, ist das Wort „Ökologischer Landbau“. Die ihn praktizieren oder unterstützen, rieben sich bei der Lektüre des Vertrages die Augen, denn das, was über 23 000 Bäuerinnen und Bauern in Deutschland auf einer Million Hektar umsetzen, was in Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Handel Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen hat und mit stark steigender Tendenz 7 Milliarden Euro Umsatz verursacht – die gesamte Ökologische Lebensmittelwirtschaft war den Koalitionären keine Erwähnung wert.

Blickt man zurück auf den Wahlkampf, der dieser Wahl und Regierungsbildung voranging, dann ist der weiße Fleck in den Planungen der Koalitionäre allerdings auch nicht mehr verwunderlich. Denn nicht nur wurde von Öffentlichkeit und politischem Gegner abgestraft, wer es wagte, den hohen Fleischverbrauch und die daraus folgenden Konsequenzen zu problematisieren, auch sonst durften diese Themen keine Rolle spielen. Mit Grausen denkt man an das mit hohen Erwartungen belegte Duell zwischen den Kanzlerkandidaten, in dem in mehr als 90 Minuten die Begriffe Umwelt, Ressourcenschutz, Klimawandel oder Ernährung nicht mit einem einzigen Wort vorkamen. Dass man an dieser Stelle den Vorwurf nicht nur an die Diskutanten richten muss, sondern auch an die Journalisten, die ihnen die Fragen stellten, tröstet nur wenig. Offenbar interessiert es mehr, wie jemand, der sich für die Führung einer der größten Volkswirtschaften der Welt bewirbt, über die angemessene Höhe von Kanzlergehältern denkt als über die Zukunftsprobleme der Menschheit.

Zweck der vorliegenden Analyse ist es nicht, Depressionen auszulösen, sondern deutlich zu machen, welche wichtige Aufgabe vor den zivilge-